



Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen
LebensGut Frankenthal, 18573 Samtens

Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern
Badenstraße 18
18439 Stralsund
poststelle@staluvp.mv-regierung.de

Frankenthal, 28.11.2022

Zur Kenntnis:

Herr Bundesminister Dr. Habeck
Herr Minister Dr. Backhaus

Einwendungen zum Verfahren „Errichtung und Betrieb einer schwimmenden Anlage zur Speicherung und Regasifizierung von verflüssigtem Erdgas“ (FSRU- Anlage)

Sehr geehrte Damen und Herren,

beim genannten Verfahren handelt es sich aus Sicht der *Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen* nicht um die Genehmigung einer schwimmenden Anlage zur Speicherung und Regasifizierung von verflüssigtem Erdgas, sondern um einen Komplex von technischen Anlagen auf der Ostsee in unmittelbarer Küstennähe (ca. 6,7 km von der Küstenlinie entfernt) der Ostseebäder Sellin, Baabe, Göhren und Mönchgut bis in den ökologisch besonders sensiblen Greifswalder Bodden (Einfahrt nach Lubmin) hinein.

Ebenfalls muss aus unserer Sicht ein Verfahrensfehler vorliegen, da dieser technische Komplex der Anlandung von LNG in der Tiefwasserlinie vor der Einfahrt in den Greifswalder Bodden nicht Bestandteil der Untersuchungen im o.g. Verfahren ist.

Die ankommenden LNG Tanker können eine Länge bis zu 380 m und die Seitenhöhe bis zu 34 m über dem Wasser haben. Sie fahren in der Regel mit Schweröl. Schweröle sind als besonders umweltschädlich bekannt. Ebenfalls ist zu befürchten, dass die Schiffe mit umweltschädigenden Unterwasseranstrichen versehen sind, die so giftig sind, dass sie im Bereich der deutschen Gewässer nicht zulässig sind. Darüber hinaus werden LNG-Tanker mit Chlorgas gereinigt. Diese Biozide sind Chemikalien, welche zur Bekämpfung von Schädlingen, in diesem Fall zum Schutz der Regasifizierungsanlagen vor dem Bewuchs durch Muscheln oder Seepocken eingesetzt werden. Der Einsatz von Chlorgasen darf ohne FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht erfolgen.

Im geplanten Bereich des Greifswalder Boddens handelt es sich um ein sehr flaches Gewässer. Auch die Fahrrinne ist nicht ausreichend tief genug, weshalb die angelandeten LNG-Gasmengen mit Hilfe eines fest ankernden Verladeschiffes aufbereitet werden müssen und mit drei kleineren Shuttleschiffen im 24-stündigen Dauerbetrieb nach Lubmin verbracht werden. Diese Shuttleschiffe fahren ebenfalls auf Schwerölbasis.

Für großes Unverständnis sorgt bei uns, dass diese Tatsache im o.g. Verfahren fahrlässig oder sogar vorsätzlich einfach nicht bzw. unzulänglich betrachtet wird, womit gleichzeitig die fachgerechte Beteiligung aller betroffenen oben aufgezählten Gemeinden am Verfahren behindert wird. Im Punkt 5 der Version des Genehmigungsverfahrens „Messungen von Emissionen und Immissionen sowie Emissionsminderungen“ wird auf den Seiten 47/135 des TÜV Nord nur der Küstenbereich bis zur Insel Oie betrachtet. U.E. ist das gesamte Natura 2000-Gebiet sowie das Vogelschutzgebiet zu beachten.

Wir fordern dringend ein regelkonformes Genehmigungsverfahren nach den gültigen Verfahrensrichtlinien unter Beteiligung aller betroffenen Gemeinden und der TÖB unter Einhaltung der in der EU geltenden Umweltrichtlinien.

Aus folgenden Gründen lehnen wir die Errichtung und den Betrieb des beschriebenen technischen Komplexes zur Anlandung von LNG entschieden ab:

- Der Einsatz der LNG-Tanker, des Verladeschiffes und der Shuttleschiffe auf Schwerölbasis hat wesentliche Auswirkungen auf die Luft- und die Wasserqualität sowie die Lärmbelastung des o.g. Küstenabschnittes mit weitreichenden negativen Auswirkungen für die dort lebenden Menschen und die bereits geschützten Ökosysteme mit ihrer Flora und Fauna.
- Im Punkt 8. des Verfahrens (Kurzversion) wird festgestellt, dass der Shuttleverkehr kaum Auswirkungen auf die Natur im Greifswalder Bodden haben wird. Das halten wir für eine fachlich falsche Aussage. Beim geplanten Gebiet handelt es sich um das EU-Vogelschutzgebiet DE 1649-401 mit international herausragender Bedeutung für die Vogelrast. Mehrere Gebiete gemeinschaftlicher Bedeutung nach der Flora-Fauna-Habitats-Richtlinie („FFH-Richtlinie“) werden teilweise erheblich betroffen (z.B. DE 1747-301 Greifswalder Bodden). Darüber hinaus ist der Greifswalder Bodden (Natura 2000-Gebiet) mit seinen Seegraswiesen das bedeutendste Laichgewässer an der deutschen Ostseeküste für den Ostseehering und Lebensraum für viele heimische Fischarten sowie andere geschützte Lebewesen wie z.B. die Kegelrobbe.
- Wegen der besonderen ökologischen Relevanz des Gebietes waren ursprünglich weitere Ausweisungen von Schutzgebieten im Bereich der Pommerschen Bucht geplant.
- An einem LNG-Terminal kommt das Gas auf -162 Grad Celsius heruntergekühlt an. Für den Weitertransport muss es erwärmt werden. Dazu wird Meerwasser genutzt, dem Chlor zugesetzt wird, damit der Bewuchs mit Algen, Muscheln und Seepocken die Anlagen auf Dauer nicht verstopft. Das Wasser fließt sieben Grad kälter als vorher und mit Chlor angereichert zurück in die Ostsee. Die Auswirkungen auf das sensible Ökosystem der Ostseeküste und des Greifswalder Boddens sind derzeit nicht abschätzbar und müssen wissenschaftlich ermittelt werden. Die Anwendung von Chlorgasen sind in Deutschland wie o.g. ohne FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht zulässig. Beim geplanten Gebiet handelt es sich um ein FFH-Gebiet.
- Darüber hinaus wird das Landschaftsbild und die freie Sicht auf das Wasser durch den Schiffsverkehr, die genannte Größe der LNG-Tanker und des festliegenden Verladeschiffes in unmittelbarer Küstennähe erheblich beeinträchtigt. Die gesamte Region wurde aufgrund seiner einmaligen Natur- und Kulturlandschaft von der UNESCO als Biosphärenreservat Südost-Rügen ausgezeichnet. Die Evaluierung erfolgte in diesem Herbst. Aus unserer Sicht ist damit nicht nur die Region als Urlaubsdestination sondern auch als Nationale Naturlandschaft stark gefährdet. Die erneute Anerkennung als Biosphärenreservatsregion muss in diesem Fall als reine Farce bezeichnet werden.
- In den betroffenen und o.g. Ostseebädern erholen sich in der Tourismussaison täglich bis zu 80.000 und an Hochsommertagen bis zu 100.000 Urlauber. 85 % aller Arbeitsplätze in den Gemeinden stehen in direktem oder indirektem Zusammenhang mit dem Tourismus. Aufgrund der zu erwartenden erheblichen und bereits geschilderten negativen Auswirkungen auf die Umwelt ist die gesamte Region als Tourismusdestination gefährdet und damit zahlreiche Arbeitsplätze ebenfalls.
- Aufgrund der fehlenden technischen Parameter zur seeseitigen Verladeeinrichtung auf der freien See, den LNG-Tankern, dem Verladeschiff, dem Löschschiiff sowie den Shuttleschiffen kann die Ausdehnungsgeschwindigkeit bei einer möglichen Explosion der Anlagen unsererseits leider nicht eingeschätzt werden. Das geplante Tankvolumen von ca. 265.000 Kubikmeter LNG entspricht einer Tonnage von bis zu ca. 450.000 t. Allein aufgrund der bestehenden Gefahr, dass es zu einer Explosion in unmittelbarer Küstennähe kommen kann, lehnen wir die geplante Inbetriebnahme ebenfalls entschieden ab. Wie bereits erläutert, können sich an den Stränden aller betroffenen Ostseebäder an einem Hochsommertag insgesamt bis zu 100.000 Menschen aufhalten. Welche katastrophalen Auswirkungen ein derartiger Unfall auf die gesamte Küste der Insel Rügen und als Tourismusregion hätte, wollen wir uns gar nicht ausmalen.

Mit besonderem Entsetzen stellen wir als mündige Wähler fest, dass ausgerechnet eine rot-rote Landesregierung und eine Bundesregierung unter einer rot-grünen Koalition in einem „Windeilverfahren“ eine Genehmigung für den Betrieb einer Anlage mit solchen brisanten Auswirkungen auf die Natur und die Menschen in unserer Region ohne umfassendes Beteiligungsverfahren „durchprescht“.

Wir appellieren daher dringend auch im Sinne des Erhalts der Demokratie in unserem Land an Sie als Entscheidungsträger ein wie von uns o.g. rechtskonformes Verfahren mit entsprechender Beteiligung durchzuführen.

In Erwartung auf die Berücksichtigung unserer wichtigen Einwände verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag der gesamten Bürgerinitiative



Stefanie Dobelstein
Sprecherin der *Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen*